

Inhaltsverzeichnis

80 Jahre Unternehmensgeschichte des Thomas-Müntzer Werks in Bischofferode	4
Übergang in den Besitz der Treuhand mit strittigen Entscheidungen	7
Kehrtwende in der Treuhandpolitik	14
Die Fusion zwischen der Mitteldeutschen Kali AG und der Kali und Salz AG	16
Finale Entscheidung des Bundestags & der EU und der damit verbundene Skandal über den Fusionsvertrag	26
Epilog	32
Quellen	33

80 Jahre Unternehmensgeschichte des Thomas-Müntzer Werks in Bischofferode

Die Betriebsgeschichte startete schon um das Jahr 1900 herum, als herausgefunden wurde, dass sich in der Region um Bischofferode ein hohes Salzvorkommen befand. So wurde 1909 mit dem Abbau des Salzes angefangen.

Allerdings war nicht nur das hohe Salzvorkommen ein entscheidender Grund für den Abbau, sondern ein wichtiges Argument für den Bau eines Werkes in Bischofferode war ebenfalls, dass der Ort bereits eine gute Bahnverbindung hatte. Das war auch der Grund dafür, erst die Bahnverbindung zum Werk zu legen, dadurch wurden die Bahnschienen gelegt, bevor ein Schacht in Bau war.

Ursprünglich waren erst einmal nur zwei Schächte geplant. Der Schacht in Weithmannshall wurde vom 09.01.1909 bis zum 3.6.1910 geteuft, am Ende war dieser 600,5 Meter tief. Der zweite Schacht in Holungen folgte direkt darauf, dauerte jedoch ein ganzes Stück länger. Denn der zweite Schacht wurde vom 17.06.1910 bis zum 12.12.1914 geteuft, da man sich durch das hohe Salzvorkommen einen sehr hohen Gewinn versprach. Offizieller Betriebsbeginn war im Jahr 1909, die eigentliche Förderung und die Verarbeitung des Kalisalzes startete jedoch zwei Jahre später im Jahr 1911, aus dem Grund, dass erst nach der Eröffnung des ersten Schachtes die Anlagen über Tage angefangen wurden zu bauen.

Die Arbeit wurde zum Großteil von Hand gemacht, es gab fast keine Maschinen, wenn dann waren diese Maschinen von sehr einfacher Technik. Dadurch mussten die Arbeiter unter schlechter Bezahlung sehr anstrengende Arbeit verrichten. Es waren ungefähr 100 Mann, die unter diesen schweren Bedingungen im Werk arbeiteten. Jedoch waren nicht nur die Arbeitsbedingungen sehr schlecht, auch die Sicherheitsvorkehrungen waren unzureichend.

Ab 1920 wurden die Arbeitsmittel modernisiert beziehungsweise technisiert, ab dem Jahr gab es im Werk zum Beispiel elektrische Drillingspumpen und ab 1921 gab es auch modernere und bessere Sprengstoffe, die unter Tage benutzt werden konnten.

Ein wichtiges Ereignis war am 09.08.1927, denn an dem Tag wurde das Werk von der Wintershall AG übernommen, die zu der Zeit einen großen Teil der Thüringer Kaliwerke betrieben hatte.

In der Zeit des Nationalsozialismus und im zweiten Weltkrieg wurde das Werk immer bedeutender. Der Grund dafür war, dass aus dem sehr reinen Chlorkalium Sprengstoff hergestellt werden konnte. Daraus folgte, dass die Fördermengen stark angehoben wurden.

Dadurch, dass die Fördermengen angehoben wurden, brauchte das Werk also auch mehr Mitarbeiter. Um genügend Arbeiter zu bekommen, wurden Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene dazu gezwungen, in dem Werk zu arbeiten. Diese trafen 1940 aus Frankreich und Polen im Kaliwerk ein. Im Jahr 1944 waren es 127 Kriegsgefangene und 101 Zwangsarbeiter, insgesamt arbeiteten zu der Zeit im gesamten Werk 884 Personen.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges lag Deutschland in Trümmern, somit war die Wirtschaft von Deutschland sehr stark geschwächt. Das Werk und die Produktion mussten dadurch eine Pause einlegen. In der Zeit wurde in dem Werk kein Salz gefördert, es wurde nur in Stand gehalten, damit die Produktion in Zukunft wieder anlaufen konnte. Das passierte auch, jedoch sehr langsam. Wie bekannt ist, wurde Deutschland in vier Besatzungszonen auf die Siegermächte aufgeteilt, die amerikanische, die britische, die französische und die sowjetische. Das Kaliwerk in Bischofferode lag in der sowjetischen Besatzungszone, in der zukünftigen DDR. Somit wurde das Werk am 1. September 1946 der Wintershall AG enteignet und dann in den Besitz der Sowjetunion genommen. Zu der Zeit gehörten sehr viele Betriebe der Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG). In dem Besitz der SAG waren 1952 ungefähr 210 Betriebe mit insgesamt 551.000 Arbeitern. Im Jahr 1949 wurde die DDR gegründet jedoch wurden erst 1952 alle Werke, die Eigentum der SAG und somit auch der Sowjetunion waren an die Regierung der DDR übergeben. Seitdem das Kaliwerk in Besitz der DDR war, wurde das Werk in „Thomas Müntzer“ umbenannt. Thomas Müntzer war ein deutscher Theologe, Reformator, Priester, Drucker und Revolutionär.

In der Zeit von 1955 bis 1961 arbeiteten im Werk knapp 300 Arbeiter.

Einschneidend war für die Geschichte des Werkes ebenfalls, dass das Werk, wie viele andere Betriebe auch zur Konsumgüterproduktion von der Regierung verpflichtet wurde. Interessant dabei ist, was für eine Aufgabe das Werk bekommen hat. Die neue Produktion hatte nichts mit der Salzförderung zu tun.

Denn ab 1985 sollte das Werk Lehnenversteller für Autos der Firma PKW-Wartburg produzieren.

Als Anfang der 90er Jahre der Weltmarkt für Kalisalz zusammenbrach, musste die Regierung handeln. Das war der Grund, aus dem die Regierung Werke aus Ost und West fusionieren musste. Daraus folgte, dass die Produktivsten erhalten blieben und weiter gefördert wurden und die unproduktivsten geschlossen.

*Bild aus rechtlichen Gründen nicht abgebildet
(Projektbüro Umbruchszeiten)*

Die Halde des ehemaligen Kali-Werks in Bischofferode

Übergang in den Besitz der Treuhand mit strittigen Entscheidungen

Das Bischofferoder Kali-Werk hatte auch nach der Wende eine aussichtsreiche Situation. Die Kunden aus DDR-Zeiten blieben und dadurch konnte auch die Wettbewerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt werden, obwohl die Zeiten alles andere als leicht waren. Die frühen 90er Jahre waren keine leichte Zeit für Kali-Werke, denn der Salzpreis fiel aufgrund von Überproduktion auf ein sehr niedriges Niveau.

Dies wurde Bischofferode allerdings nicht zum Verhängnis, da das Werk in dieser Zeit hunderttausende D-Mark an Treuhandgeldern einstrich. So hatten auch Salzwerke der Kali-West ein Interesse daran, diesen Konkurrenten auszuschalten, aber dazu später mehr. Man kann sagen, dass Bischofferode für DDR-Verhältnisse sehr gut ausgestattet war, und vorerst sah auch alles danach aus, als könne eine Privatisierung durchgeführt werden.

Auch für die Arbeiter änderte sich in dieser Zeit wenig, aber hinter verschlossenen Türen verhandelte die Treuhand schon längst intensiv mit den Interessenten. Schon 1991 wurden fünf der zehn Kali-Werke im Osten geschlossen, Bischofferode stand allerdings nicht auf der Liste. Der erste Fehler der Bundesregierung war, dass der Zeitraum viel zu kurz angesetzt war. Bereits 1994 wurde die Treuhand aufgelöst, wobei sie für eine sorgfältige Arbeit sicher ein ganzes Jahrzehnt gebraucht hätte.

Dazu muss man sagen, dass es damals schwer einzuschätzen war, wie man den Zeitraum kalkulieren soll, da es einen vergleichbaren Fall noch nie zuvor gegeben hatte. Zudem war es das erklärte Ziel der Bundesregierung, eine schnelle Angleichung des Ostens an den Westen voranzutreiben. Darum wäre es wenig populär gewesen, den Privatisierungsprozess mit ellenlangen Fristen zu beginnen. Anstatt aber selber die Aufgabe in die Hand zu nehmen, wurde die Verantwortung einer neuen Institution mit eigener Führung zugespült, um sich auf die anderen Aufgaben der Wende zu konzentrieren. Kohls Ziel war, so weitere gute Wahlergebnisse im Osten zu erreichen.

Diese Entscheidung war allerdings zu kurzfristig. Die jüngsten Wahlergebnisse im Osten zeigen, dass die Ost-Bürger sich noch heute abgehängt fühlen. Laut einer aktuellen Studie fühlen sich über 50 Prozent der Ost-Bürger als Bürger 2.

Klasse. Dies spiegelt sich nun auch im Wahlergebnis wider. Mit 23% erreichte die AfD eine Verdopplung des Ergebnisses von 2014. Die Linke erreichte sogar 30% und wurde damit stärkste Kraft. Diese beiden Rand- und Protestparteien haben also eine rechnerische Mehrheit. Wenn man in der Nachwendzeit vorrausschauender gehandelt hätte, wäre es zu einem solchen Absturz der etablierten Parteien in der Wählergunst wahrscheinlich nicht gekommen.

Nun der Blick zurück auf die Treuhand. Die Verhandlungen waren oft chaotisch. Noch relativ zu Beginn der Verhandlungen erklärte ein Bergbauunternehmen aus dem Ruhrgebiet sein Interesse, doch dieses Unternehmen hatte kaum eine Chance, die Verhandlungen zu gewinnen. Dies ist dadurch bedingt, dass im Hintergrund schon der spätere Käufer agierte: die Kali & Salz AG in Kassel (K&S AG). Diese hatte kein Interesse an dem Betrieb als solchem. Sie hatte lediglich ein Interesse daran, einen Konkurrenten auf dem Markt für Düngemittel aus dem Weg zu schaffen. Jetzt muss man sich die Frage stellen, wieso nicht über einen Erhalt des Werkes nachgedacht wurde, obwohl es sichere Abnehmer für das Salz gab. Doch um dieses Geschäft zukunftstüchtig zu machen, hätte es Investitionen bedurft. Bischofferode hatte für DDR-Verhältnisse sogar ziemlich fortschrittliche Geräte, doch im Westen waren auch die hier angewandten Systeme veraltet und hätten wahrscheinlich bald ersetzt werden müssen. Außerdem hatte die K&S AG andere Käufer und brauchte außerdem mehr Ertrag, um die niedrigen Preise erhalten zu können. Daraus kann man schließen, dass der Kauf der DDR-Kali-Werke von Anfang an nicht das Ziel der Modernisierung hatte. Im Gegenteil, es war von Anfang an das Ziel, möglichst viele Betriebe abzuwickeln. An die nun arbeitslosen Arbeiter wurde bei dieser Machtpolitik nicht gedacht. Diese Ungerechtigkeit wurde von den Arbeitern allerdings keinesfalls in Kauf genommen. Im nächsten Kapitel geht es um eine Kehrtwende mit Folgen, die sich nun auch die Aufmerksamkeit der Medien verdiente.

Nun sehen Sie einige Ausschnitte aus unseren Zeitzeugeninterviews, die wir zu unserem Thema geführt haben. Die ersten beiden Antworten stammen von Professor Dr. Wolfgang Seibel, einem Verwaltungswissenschaftler an der Universität Konstanz, der sich in einem Buch mit der Treuhand beschäftigt hat.

Wie nahmen sie die Treuhandpolitik beziehungsweise die Situation der DDR-Betriebe als junger Erwachsener wahr?

(...) Als ich meine Forschung zur Treuhandanstalt begann war ich immerhin schon 39 Jahre alt. Und ich war seit fast drei Jahren schon ordentlicher Professor an der Universität Konstanz. Das war eine andere Lebensperspektive und auch eine andere, nämlich gesichertere Position als die eines tatsächlich jungen Erwachsenen, der sich vielleicht in einer ungesicherten beruflichen Situation und vor allem auch nicht im Beruf eines Wissenschaftlers befunden hätte. Was allerdings angesichts meines Lebensalters von Bedeutung war, war meine eigene Erfahrung mit der deutschen Teilung während einer Epoche, die man heute als Kalter Krieg bezeichnet (auch vor 1990 sprach man mitunter vom Kalten Krieg, damit meinte man aber eigentlich die Zeit der Hochspannung zwischen den USA und den westlichen Demokratien auf der einen Seite und der Sowjetunion und den übrigen kommunistischen Diktaturen auf der anderen Seite, die im Wesentlichen mit dem Mauerbau vom 13. August 1961 zu Ende ging). Für meine Generation, also diejenigen, die zum Zeitpunkt des Mauerfalls im November 1989 tatsächlich noch im Großen und Ganzen zur jungen Generation gehörten, war die deutsche Teilung und damit die Existenz zweier deutscher Staaten, BRD und DDR, etwas vollkommen Selbstverständliches. Das muss man sich heute immer wieder in Erinnerung rufen. Noch im Spätsommer 1989 wären wir nie auf die Idee gekommen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands in naher Zukunft auf der politischen Tagesordnung stehen könnte. Diejenigen, die das anders sahen, hielten wir jungen Leute damals für naiv und realitätsfremd. In Wirklichkeit aber waren wir selbst diejenigen, die naiv und realitätsfremd waren. Und dass es dann vollkommen anders kam, als von uns angenommen, hat bei mir ein starkes Interesse an den Vorgängen in den ostdeutschen Bundesländern, wie sie nach dem 3. Oktober 1990 entstanden, hervorgerufen. Schon im November 1990, wenige Wochen nach dem formellen Vollzug der Wiedervereinigung, habe ich als damals noch sehr junger Professor zusammen mit einem Kollegen von der Universität Jena, der zweifellos Mitglied der SED gewesen war und vielleicht sogar Verbindungen zur Stasi hatte, eine kleine Tagung zur Verwaltungsreform in den gerade erst gegründeten ostdeutschen Bundesländern durchgeführt. Die haben wir dann in viel größerem Maßstab und mit starker Beteiligung mehrerer Dutzend gerade erst frisch ins Amt gelangter ostdeutscher Bürgermeister und Landräte im April 1991 an der Universität Konstanz wiederholt. Aus der Perspektive meiner Generation

handelte es sich also bei der Wiedervereinigung um ein vollkommen unerwartetes, dann aber umso interessanteres Phänomen. Und da wir, bedingt durch unseren Beruf als forschende Hochschullehrer, das große Privileg hatten, uns unsere Forschungsgegenstände selbst auszusuchen, haben dann einige, darunter eben auch ich, dies für eine längere Zeit zum Gegenstand ihrer Arbeiten gemacht. Ohne unseren besonderen Beruf als Hochschullehrer wäre das selbstverständlich nicht möglich gewesen.

1993 sah man die Bilder aus Bischofferode in ganz Deutschland im Fernsehen, was haben Sie gedacht, als Sie diese Bilder sahen?

Die Proteste der von Entlassung betroffenen Beschäftigten in Bischofferode waren seinerzeit die große Ausnahme. Im Großen und Ganzen lief die Privatisierungstätigkeit und auch die Praxis der Stilllegung vieler Betriebe durch die Treuhandanstalt erstaunlicherweise ohne größere Proteste ab. Wie ich damals diese Proteste wahrgenommen habe, weiß ich nicht mehr. Wahrscheinlich habe ich aber sie aber als mehr oder weniger verständlich oder sogar natürlich betrachtet. Ich weiß jedenfalls, dass ich mich damals gefragt habe, was eigentlich in Westdeutschland passiert wäre, wenn „bei uns“ in ähnlich großen Maßstab wie nach der Währungsunion 1990 in Ostdeutschland Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit oder in vom Staat finanzierte Beschäftigungsgesellschaften entlassen worden wären. Immerhin hat es bei uns im Zuge des massiven Abbaus von Arbeitsplätzen im Ruhrgebiet und der sogenannten Stahlkrise scharfe Proteste der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer gegeben, wobei damals Entlassungen von weit weniger als 10.000 Arbeitnehmern ausreichten, um Wut und Empörung auszulösen. In Ostdeutschland dagegen handelte es sich um hunderttausende Menschen, die nach der Währungsunion vom 1. Juli 1990 ihren Arbeitsplatz verloren. Gemessen daran waren die Proteste von Bischofferode, wenn man so will, nur ein Strohfeuer.

In dem nächsten Interviewausschnitt beschreibt Dr. Markus Boeick, ein Professor an der Ruhr-Universität Bochum mit den Fachbereichen Deutsche und Europäische Geschichte im 20. Jh., Geschichte von Transformationen und Umbrüchen nach 1989, sowie den Theorien der Geschichtswissenschaften

Wie nahmen sie die Treuhandpolitik beziehungsweise die Situation der DDR-Betriebe als junger Erwachsener wahr?

Als die Treuhand im März 1990 gegründet wurde, war ich noch im Kindergarten und gerade mal sechs Jahre alt. Bei ihrer Auflösung Ende 1994 war ich immerhin schon älter als zehn. Aber in dieser Zeit beschäftigt man sich nicht so intensiv mit Politik oder Wirtschaft. Aber, wie gesagt, die große Verunsicherung der älteren Menschen in meiner Heimatregion hat man immer gespürt. Die Angst vor Arbeitslosigkeit, Abstieg und Armut war sehr präsent. Und für mich und meine Mitschüler/innen war im Grunde immer klar: Hier gibt es keine Zukunft für uns, wir werden die Heimat verlassen müssen. Die meisten haben die Gegend dann auch oft für immer verlassen.

1993 sah man die Bilder aus Bischofferode in ganz Deutschland im Fernsehen, was haben Sie gedacht, als Sie diese Bilder sahen?

Ich kann mich noch diffus an die Fernsehbilder von Männern auf Pritschen und an die verschiedenen Transparente erinnern, die in den Nachrichten zu sehen waren. Die Wut und die Emotionen kochten hoch. Auch meine Familie nahm regen Anteil am Schicksal dieser Bergleute. Aber ich habe das damals noch nicht so wirklich in einen größeren Ost-West-Kontext einordnen können. Jahre später habe ich mich dann als Wissenschaftler mit dem ganzen Ereigniskomplex beschäftigt und verstanden, wie sehr dieser Streit um den Hungerstreik im Sommer 1993 die Symbolfiguren des arroganten „Besserwissis“ und des undenkbaren „Jammerossis“ in der Öffentlichkeit bestärkt hat.

Der Hungerstreik der Bischofferoder Kalikumpel bewegte ganz Deutschland. Konnten Sie diese Protestaktion im ersten Moment nachvollziehen oder erschloss sich Ihnen diese drastische Maßnahme nicht?

Um ehrlich zu sein: Ich weiß es nicht mehr genau. Aber die Bilder haben auf jeden Fall bleibenden Eindruck auf mich gemacht. Ich hatte als Grundschüler zumindest begriffen, dass dort etwas sehr Dramatisches passiert. Das Streik-Motto „Bischofferode ist überall“ entsprach also durchaus einem bitteren wie verbreiteten Grundgefühl im Krisengeplagten Ostdeutschland: Statt der versprochenen „Blühenden Landschaften“ und der großen Hoffnungen der Jahre 1989/90 empfanden sich jetzt viele als „Bürger zweiter Klasse“. Und dass der

Westen den Osten „übernommen“ oder gar „abgewickelt“ habe, ist bis heute ein sehr weit verbreitetes Motiv. Bischofferode ist da ein wichtiger Baustein.

Die nun folgenden Fragen zur Zeit um den Hungerstreik hat uns Norbert F. Pötzl, der langjährige Spiegel-Redakteur und Buch-Autor beantwortet.

1993 sah man die Bilder aus Bischofferode in ganz Deutschland im Fernsehen, was haben Sie gedacht, als Sie diese Bilder sahen?

Als die Treuhandanstalt 1990 die Aufgabe übernahm, die rund 8500 „volkseigenen“ Betriebe zu privatisieren, war klar, dass es zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten kommen musste. Durch das in der DDR-Verfassung garantierte „Recht auf Arbeit“ herrschte faktisch Vollbeschäftigung. Aber die Arbeitsproduktivität betrug in nur etwa ein Drittel des Westniveaus, das heißt, bei rationeller Arbeitsweise waren zwei Drittel der Beschäftigten entbehrlich. Das galt für fast alle Branchen. Deshalb haben ostdeutsche Betriebsleiter auch bereits vor Gründung der Treuhandanstalt Hunderttausende von Arbeitnehmern entlassen. Auch die Situation in Bischofferode konnte deshalb niemand überraschen. Überraschend war allerdings die Härte, mit der die Bischofferoder Kumpel ihren Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze führten.

Der Hungerstreik der Bischofferoder Kalikumpel bewegte ganz Deutschland. Konnten Sie diese Protestaktion im ersten Moment nachvollziehen oder erschloss sich Ihnen diese drastische Maßnahme nicht?

Der Hungerstreik war medienwirksam inszeniert; wie ernsthaft er tatsächlich betrieben wurde, ist umstritten. Auch andere Aktionen, etwa die Reise einer Delegation zum Papst oder eine – übrigens recht gewalttätige – Demonstration vor der Berliner Treuhandzentrale sollten die Öffentlichkeit für die Interessen der Arbeitnehmer mobilisieren. Dies ist, da die Medien fast durchweg für die Kumpel Partei ergriffen, gelungen: Die Proteste lösten Mitleid und Sympathie aus. So wurde Bischofferode zum Fanal für die Treuhand, obwohl es nur um

knapp 700 Arbeitsplätze ging, eine vergleichsweise geringe Zahl. Gern verschwiegen wird, dass die Treuhand den Bischofferoder Bergleuten eine zweijährige Weiterbeschäftigung in einer Nachfolgegesellschaft garantierte – eine Zusage, die andere Arbeitslose in Ostdeutschland nicht bekamen.

Der nun folgende, letzte Interviewausschnitt ist aus unserem Interview mit Dirk Laabs, einem Journalisten und Autor, der ebenfalls ein Buch über die Treuhand geschrieben hat und eine etwas andere Meinung, als Norbert F. Pötzl einnimmt.

5: 1993 sah man die Bilder aus Bischofferode in ganz Deutschland im Fernsehen, was haben Sie gedacht, als Sie diese Bilder sahen?

Die habe ich – siehe oben, wegen meine Zeit im Ausland – fast gar nicht mitbekommen. Erst durch die Recherchen für das Buch und den Film habe ich mir die Archiv-Stücke angeschaut und konnte nachfühlen, wie zentral diese Proteste waren und wie sehr sie das Bild der Treuhand geprägt haben. Die Treuhand-Führung dachte ja 1993, das Schlimmste an Kritik ist vorbei – und dann kam Bischofferode und zementierte das negative Image der Anstalt.

6: Der Hungerstreik der Bischofferoder Kalikumpel bewegte ganz Deutschland. Konnten Sie diese Protestaktion im ersten Moment nachvollziehen oder erschloss sich Ihnen diese drastische Maßnahme nicht?

Wiederum im Nachhinein rückblickend betrachtet kann ich persönlich die Proteste absolut nachvollziehen. Die Menschen waren verzweifelt, man hat mit ihnen nicht offen kommuniziert, sie spürten, dass sie dauernd angelogen worden sind – das war einer der größten Fehler der Treuhand-Zeit: die Unehrllichkeit. Ich habe mich daher eher gewundert, dass drastische Hungerstreiks wie in Bischofferode nicht die Regel, sondern die Ausnahme waren. Aber Treuhänder haben mir dann erzählt, wie es in den meisten anderen Betrieb ablief, die die Treuhand schloss: Die Menschen waren so müde, hilflos und geschockt, dass sie gar nichts machten – „als hätten man ihnen feuchte Tücher über ihre Gesicht gelegt“, wie ein Treuhänder es beschrieb.

Kehrtwende in der Treuhandpolitik

Lange spielte die K&S AG in Kassel nicht mit offenen Karten. Doch als die Fusion von der Treuhand bestätigt worden war, wurde kein Hehl mehr daraus gemacht, dass auch Bischofferode geschlossen werden sollte. Begründet wurde diese Entscheidung damit, dass das Werk nach der Streichung der Subventionen keine schwarzen Zahlen mehr schrieb. Diese Entscheidung löste natürlich blankes Entsetzen bei den Kali-Kumpeln aus.

Bis hierhin hatten die Maschinen keinen Tag stillgestanden. Es war eingetreten, was die K&S AG in Kassel seit über zwei Jahren geplant war. Die Stilllegung des Kali-Werks in Bischofferode. Ganz Bischofferode und die ganze Umgebung waren unter Schock, denn an dem Kali-Werk hingen zu dieser Zeit rund 1.000 Arbeitsplätze. Schon bald beteiligten sich zehntausende an Demonstrationen gegen die Stilllegung des Werkes. In jedem Freundeskreis gab es jemanden, der von der Schließung betroffen war. Alle diese Leute mussten nun aus heiterem Himmel um ihren Job bangen.

Schon bald beteiligten sich ebenso viele an einer Protestaktion in Berlin mit dem Motto „Bischofferode ist überall“. Doch all diese Aktionen brachten zwar die Aufmerksamkeit der Medien, logischerweise aber kein Umdenken bei der K&S AG in Kassel. Also entschieden sich einige Kumpel zum Hungerstreik. Auf wenigen Feldbetten in der Fabrik fingen sie an zu hungern. Die Bundesregierung wurde unterdessen unruhiger. Denn wenn ein Kumpel am Hunger gestorben wäre, hätte es durch die massive Medienpräsenz einen großen deutschlandweiten Aufschrei gegeben.

Dennoch wurde vom Westen auch zum Teil herablassend auf die protestierenden Ost-Bürger geschaut, da diese aus eigenem Interesse den Unrechtsstaat DDR gestürzt hatten, nun aber direkt auch an der westdeutschen Demokratie etwas auszusetzen hatten. In manchen Entlassungsfällen war aber auch Hysterie dabei, da das Problem Arbeitslosigkeit in der DDR nie Thema gewesen war. So waren zu DDR-Zeiten sehr selten Fabriken geschlossen worden, auch wenn diese schon lange unrentabel gewesen waren. In Bischofferode war dies allerdings nach wie vor nicht der Fall. Nach der Meinung vieler Experten wäre eine Modernisierung möglich gewesen.

Diese Ansicht wurde auch lange von der Treuhand vertreten, bis dann nach dem Verkauf an die K&S AG in Kassel urplötzlich die Entscheidung kam, das

Werk zu schließen. Diesen Sinneswandel auf die wirtschaftlichen Interessen der K&S AG zurückzuführen, ist naheliegend. Schließlich wurden umgerechnet 1,04 Milliarden Euro Verlustausgleich eingestrichen und ein erbitterter Konkurrent ausgeschaltet.

Nun zurück zu den hungerstreikenden Bergmännern. Die Teilnehmer hatten sich von Anfang an immer mit vollem Einsatz der Arbeit im Werk gewidmet, welches nun geschlossen werden sollte. Zu Anfang des Hungerstreikes waren viele Kumpel noch zuversichtlich, ihr Werk mit dieser drastischen Maßnahme retten zu können, doch nach nun schon wochenlangem Hungern brachen viele ein und mussten mit dem Krankenwagen in ein nahegelegenes Krankenhaus gebracht werden. Für viele war es die bittere Erkenntnis, dass ihr Werk auch unter Einsatz des eigenen Lebens nicht mehr zu retten war. Viele gaben dennoch nicht auf und sammelten sich für einen Marsch nach Berlin, der zur letzten großen Aktion gegen die Schließung des Werkes werden sollte. Die Medienpräsenz riss zwar nicht ab, doch auch für viele Außenstehende war der Ausgang dieser Proteste längst gewiss. Die K&S AG in Kassel würde weiterhin ihren harten Kurs fortsetzen und keinerlei Zugeständnisse machen, während die Bischofferoder ihren Protest weiterhin fortsetzen würden.

Jedoch war dies nicht das letzte Wort in diesem Konflikt. Die endgültige Entscheidung in diesem Konflikt sollte nicht auf deutschen Boden fallen, doch hierzu mehr im nächsten Kapitel.

*Bild aus rechtlichen Gründen nicht abgebildet
(Projektbüro Umbruchszeiten)*

Die Fusion zwischen der Mitteldeutschen Kali AG und der Kali und Salz AG

Eine Fusion zwischen der Mitteldeutschen Kali AG und der Kali und Salz AG war nur eine logische Schlussfolgerung aus den Ereignissen der letzten Monate oder auch Jahre.

Die MdK (Mitteldeutsche Kali AG) wurde immer enger an die Kali und Salz AG im Westen angepasst. So sollten Berater dem Betrieb eigentlich stets unvoreingenommen und neutral beraten, doch dieses ist natürlich nicht sichergestellt, wenn ein Berater für die MdK eigentlich bei der Kali und Salz AG angestellt ist. Doch genauso so ist es gelaufen, Alwin Potthoff war gleichzeitig bei der Kali und Salz AG angestellt und beriet die Mitteldeutsche Kali AG. So ermöglichte man einem Konkurrenten Einblick in sensible Firmenunterlagen zu gewähren.

Diesen Berater setzte die MdK nicht freiwillig ein, sondern der Aufsichtsratsvorsitzender Professor Ulrich Steger (SPD) und früherer Wirtschaftsminister Hessens ordnete dieses an.

Da die Zeiten zudem schlecht für Kali-Salz und Kaliindustrie stehen und billiges Kali, vor allem aus Russland und der ehemaligen Sowjetunion (die am 26.12.1991 wegen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zusammenbrach) zu teilweise 10% des vorherigen Preisniveaus den Markt erreicht und überschwemmt löstet es ernsthafte Bedenken und Probleme in Kali-Ost und Kali-West aus.

So sieht die Kali und Salz AG nicht einen Partner in der Mitteldeutschen Kali AG im harten Kaligeschäft, sondern einen erbitterten Konkurrenten, der sogar mehr Kali exportierten als sie selbst. Denn die MdK lag auf dem 3. Platz der weltweiten Kaliexporte, hinter Kanada und der Sowjetunion und vor Kali-West in Kassel.

Außerdem konnte die BASF-Tochter sich keinen Preiskampf leisten, so musste der Kaligegner möglichst schnell „ausgeschaltet“ werden. Das konnte man möglichst geschickt und einfach mit einer Fusion und einem Fusionsvertrag

lösen, der der Kali und Salz AG etliche Privilegien einräumte und noch immer einräumt.

So ist die MdK der Kali und Salz AG hörig und konnte dabei noch Millionen an Treuhandsubventionen von Steuerzahlern abgreifen, dies hatte die BASF-Tochter auch dringend nötig. (Dazu später mehr...) Sie erreichte im Jahr 1990 den größten Verlust in ihrer ganzen Unternehmensgeschichte. Deswegen war die Kaliförderung auch ein ungeliebtes Randgeschäft des Chemieriesens BASF.

Treuhandexperten für das Kali-Werk in Bischofferode -vorwiegend aus West – bescheinigten Bischofferode keine Zukunftschancen und kein dauerhaftes Überleben. Trotz eines Bankgutachten, indem Bischofferode, Roßleben und Zielitz eine solides weiterbestehen vorausgesagt wurden und diese Kombination ökonomisch am meisten Erfolg und Gewinn gebracht hätte. Irgendwie musste Bischofferode auch Zukunftschancen von der Treuhandanstalt vorausgesagt bekommen haben, da bereits Anfang 1991 fünf von zehn der Kaligruben der Mitteldeutschen Kali AG mit Sitz in Sondershausen geschlossen und später demontiert worden sind.

Die zweite Annäherung kam, als die Kaligiganten zusammenkamen und sich gegen einen Preiskampf aussprachen und gegen einen Wettbewerb, aber für gemeinsame Vertriebswege und gemeinsame Produktentwicklung.

Trotzdem gab es zu dieser Zeit schon Unterlagen, wo von der Stilllegung von Bischofferode geschrieben wird, sollte Bischofferode die Preise für das Kali nicht bald erhöhen und bis zum Jahresende nicht bessere Zahlen schreiben. Eine Preiserhöhung war aber zu diesem Zeitpunkt undenkbar. Allein wegen der anhalten Krise in der Landwirtschaft und in der Kaliindustrie, auch wegen dem russischen

Kali, das die Preise für das Kali ins bodenlose fallen ließ.

Eine Preiserhöhung hätte dann so der so den Ruin bedeutet, da niemand überteuertes Kali in schlechten Zeiten kaufen würde. Anfang des Jahres 1992 verlor Bischofferode auch noch viele zahlungskräftige Auslandsaufträge und Firmen. Grund dafür waren nicht die hohen Preise oder die Qualität, sondern dass sie ganze Länderabschnitte verlor, weil sie diese von der Kali und Salz AG am besten gar nicht mehr beliefern sollte.

So verlor Bischofferode auch seinen wichtigsten Partner: North Hydro“, die Bischofferode „enteignet“ wurde. Die enteigneten Länder verlor sie an das Wiener Kali Kartell (daran war auch Kali-West groß dran beteiligt).

Österreich war zu diesem Zeitpunkt nicht Mitglied der EG und der EWG, deshalb unterlag Österreich auch nicht dem europäischen Wettbewerbsrecht und somit konnte das Wiener Kartell Fördermengen und Preise absprechen und Kali-Ost musste sich dort eingliedern.

1992 musste sich Frau *Titke* (Abteilungsleiterin für Auslandsaufträge) vor dem Kali-Ost Vorstand rechtfertigen, warum sie überhaupt noch Kali-Salz aus Bischofferode an ihre westeuropäischen Kunden verkauft.

Eigentlich ist es eine Unverschämtheit, dass man sich für zahlungskräftige Aufträge rechtfertigen muss, doch zu diesem Zeitpunkt unterlag Kali-Ost schon Kali-West förmlich. Bischofferode, machte aber alleine mit seinen Industriepatern einen Umsatz von ca. 55 Millionen D-Mark, trotz den großen Stolpersteinen die Kali-West ihnen bewusst und hinterlistig in den Weg lagen.

Der nächste strategische Schritt, um noch mehr Einfluss auf Bischofferode und die Mitteldeutsche Kali AG zu nehmen, ist wenn man Fusion eingeht, in der die Kali und Salz AG über den Kopf der MdK bestimmen kann. Dabei brauchte die Kali und Salz wichtige Partner an der Seite, wie die Treuhandanstalt, die Länder und wichtige Personen in Wirtschaft, Politik und natürlich in den Aufsichtsräte von der Mitteldeutschen Kali AG und in Bischofferode.

Wie diese Funktion von statten ging, warum es keine Alternative zur Kali und Salz AG gab und wie der Fusionsvertrag der Kaligiganten aussieht, erläutere ich in diesem Kapitel weiter...

In einem Antrag von CDU/ CSU, FDP und SPD wurde am 30.06.1993 Treuhandfunktionskonzept mit elf gegen drei Stimmen verabschiedet. Ein Tag später am 1. Juli 1993 haben sich zwölf Kali-Kumpel dazu entschlossen, einen Hungerstreik durchzuführen. In den nächsten vierzehn Tagen haben sich dann insgesamt 42 Kali-Kumpel zu einem Hungerstreik entschlossen. Sie sahen, dass als ihre letzte Möglichkeit noch etwas bewegen zu können und vielleicht noch den Fusionsvertrag im letzten Schritt abzublasen.

Bischofferode wurde dann wahrscheinlich auch als Symbol des Scheiterns und von leeren Versprechungen bekannt und empfunden, es war aber auch die bittere Enttäuschung von den Ost-Bürgern über so viel Fremdbestimmung,

nicht nur von der Treuhand, sondern auch von der Regierung. Man kann es sich eigentlich wie ein Rausch vorstellen, nach dem Mauerfall sah alles so aus wie ein Neuanfang und ein Neubeginn: Harte Währung, Reisefreiheit, Meinungsfreiheit und alle was man sich nur vorstellen konnte und dann folgte der Kater. Demografischer Wandel machte sich besonders in ländlichen Regionen breit, so zogen besonders junge und gut ausgebildet weg und hinterlassen leere Dörfer. So gingen ab der Grenzöffnung viele Leute in den Westen, weil sie sich bessere Lebensstandards erhofften und um die D-Mark als offizielles Zahlungsmittel zu erhalten. Um dagegen zusteuern, führte Helmut Kohl (damaliger Bundeskanzler) eine umstrittene Maßnahme ein, die besonders von der Wirtschaftsspitze der BRD als grob fahrlässig sahen. Aber nichts desto trotz trat am 01.07.1990 ein Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft.

Damit war ab diesem Zeitpunkt die D-Mark offizielles Zahlungsmittel und wurde 1:1 umgetauscht, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Ostmark höchstens ein Drittel Wert war, im Vergleich zur D-Mark freuten sich viele Ostbürger. Doch das führte auch zu etlichen Problemen, denn Betriebe oder Unternehmen musste ihren Mitarbeitern höhere Gehälter zahlen, bekamen aber im Gegenzug nicht mehr Geld für ihre Produkte oder Dienstleistungen. Das war zu dieser Zeit auch ein Grund, warum viele Betriebe in der Insolvenz landeten und die Treuhand sie „rettete“. Zudem hatten DDR-Betriebe auch kaum eine Chance zu überleben, denn sozialistische Brüder-statten hatten kein Interesse zu übersteuerten Preise Produkte zu kaufen. Dieses Problem ging auch an Bischofferode nicht spurlos vorbei, aber sie hatten großes Glück, dass sie zahlungskräftige Kunden im westlichen Ausland hatten. Doch durch die steigenden Löhne, die durch durch die gemeinsame Währungsunion und die D-Mark verursacht wurde, stellten ein Problem dar. Denn die hohen Löhne waren im Westen bereits selbstverständlich und besonders junge und gut ausgebildete Arbeitskräfte gingen oder mussten gehen. Zusätzlich kauften ihre eigenen Bürger keine Ostprodukte, sondern Westprodukte. Da sie innovativere und modernere Geräte kaufen wollten, die es zu den Zeiten von Planwirtschaft und einer Politik von Abschottung nicht gab.

Man musste also die Betriebe modernisieren, die oft an Privatperson verkauft worden. Doch auch manche „Unternehmer“ kauften die Betriebe für einen wirklich geringen Betrag, verkauften Maschinen oder Produkte, entließen die Mitarbeiter und schlossen den Betrieb. Schließlich gingen die „Unternehmer“

oder Betrüger mit einem dicken Plus heraus. Aufbruch und der Wiederaufbau zogen sich schleppend voran und die ersten Arbeitsplätze gingen verloren und Enttäuschung machte sich breit. So wurde jeder vierte Betrieb der VEB (Volkseigene Betriebe) gleich geschlossen, da diesen Betrieben keinerlei Überlebenschancen in der freien Marktwirtschaft bescheinigt wurde. Ergebnis war, dass sich die Wirtschaftsleistung der DDR um 50% verringerte und die Arbeitslosenquote stieg um 30 Prozent.

In den nächsten Zeilen liefert Norbert F. Pötzl (ehemaliger Spiegelautor und Buchautor) wichtiges Hintergrundmaterial und erklärt seine Sichtweise auf dieses Thema:

Was denken Sie, wie eine solche Ungerechtigkeit wie der Fusionsvertrag zwischen der Mitteldeutschen Kali AG und der Kali & Salz AG zu Stande kommen konnte?

„Um den Fusionsvertrag beurteilen zu können, muss man die Vorgeschichte kennen. Damals herrschte weltweit eine gigantische Überproduktion von Kali, die DDR war nach Kanada und der Sowjetunion der drittgrößte Kali-Exporteur der Welt. Vergeblich versuchte die Treuhand seit 1991, für die Mitteldeutsche Kali AG, in denen die ostdeutschen Bergwerke zusammengefasst waren, einen Käufer zu finden: 47 potenzielle Investoren wurden angeschrieben, alle winkten ab – auch die westdeutsche Kali + Salz AG. Unter den ostdeutschen Kalischächten war Bischofferode der unrentabelste. Zu DDR-Zeiten wurde Bischofferöder Kali zu staatlich subventionierten Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt angeboten, um Devisen zu erwirtschaften. Nach der Währungsunion und dem Wegfall der Subventionen lagen die Förderkosten bei 740 DM je Tonne, im globalen Durchschnitt dagegen bei 134 DM. Deshalb machte Bischofferode jedes Jahr mehr als 20 Millionen DM Verluste. Auf Anregung der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie wurde schließlich die Fusion von Kali + Salz mit der Mitteldeutschen Kali AG vollzogen. Dabei wurden beiderseits der ehemaligen innerdeutschen Grenze je zwei Bergwerke geschlossen, auf beiden Seiten wurden jeweils rund 1800 Beschäftigte entlassen. Bischofferode wurde zugunsten des Erhalts des Standorts Zielitz in Sachsen-Anhalt Ende 1993 stillgelegt.“

Im folgenden Absatz beschreibt Professor Dr. Wolfgang Seibel (Verwaltungswissenschaftler an der Universität Konstanz) einen Vergleich zwischen der Stunde Null und der „angeblichen“ Schuld der Treuhand an dem wirtschaftlichen Einbruch nach der Wende:

Haben Sie nach der endgültigen Entscheidung über den Fusionsvertrag noch etwas über Bischofferode mitbekommen? Und wenn ja was?

(...). „Lassen Sie mich aber, vielleicht in Form eines Schlusswortes, folgendes bemerken: Nach 1945 hat es bei vielen Menschen in Westdeutschland, vielleicht auch bei einigen in Ostdeutschland, die Neigung gegeben, das Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945 als „Stunde Null“ zu betrachten und auch so zu bezeichnen. Viele bei uns in Westdeutschland wollten gerne so tun, als habe es 1945 einen völligen Neuanfang gegeben, sodass man sich gar nicht erst mit der Tatsache auseinandersetzen musste, was 1933-1945 passiert war. Auch nicht mit der Tatsache, dass viele, die an der Nazi-Diktatur als Täter oder als Mitläufer beteiligt waren, in Westdeutschland (ähnlich übrigens in der DDR, dort insbesondere in der Volkspolizei und in der Nationalen Volksarmee) ihre berufliche Laufbahn ohne wesentliche Unterbrechung fortsetzen konnten. Erst in den 1960er Jahren begann dann die kritische Diskussion in Bezug auf diese angebliche Stunde Null von 1945. Für mich ist interessant, dass wir vor allem in Ostdeutschland in Bezug auf das Jahr 1990 eine ganz ähnliche Stunde Null Mentalität beobachten können. Alle kritischen Diskussionen über die Treuhandanstalt konzentrieren sich auf die Zeit ab 1990. Es wird so getan, als hätte es 40 Jahre DDR und vor allem 40 Jahre DDR-Wirtschaftsgeschichte gar nicht gegeben. Die Tatsache, dass die Treuhandanstalt hunderttausende von Menschen arbeitslos gemacht hat, hing ja damit zusammen, dass die Betriebe der DDR nicht wettbewerbsfähig waren. Und sie waren nicht wettbewerbsfähig, weil sie vorher durch die kommunistischen Herrscher in der DDR in ideologischer Verblendung heruntergewirtschaftet worden waren. Für mich ist es ein verblüffendes Phänomen, dass dies viele Menschen, auch junge Menschen, im heutigen Ostdeutschland gar nicht mehr sehen wollen und stattdessen so tun, als habe die Geschichte buchstäblich erst 1990 begonnen. Was offensichtlich nicht sein kann. Der bittere Effekt dieser Stunde-Null-Mentalität ist, dass diejenigen, die die Hauptverantwortung für den wirtschaftlichen Niedergang

der Wirtschaft in der DDR trugen, von ihrer eigenen Verantwortung reingewaschen werden. Oft haben ehemaligen SED-Mitglieder sogar die Dreistigkeit, der Treuhandanstalt in die Schuhe zu schieben, was sie selbst an desaströser Wirtschaftspolitik mit zu verantworten hatten. Und zu den Opfern von 40 Jahren DDR-Wirtschaftspolitik gehörten natürlich auch die Kali-Kumpel von Bischofferode.“

In dem nächsten Interviewausschnitt beschreibt Dr. Markus Boeick (Interessensgebiete:

- Deutsche und Europäische Geschichte im 20. Jh.
- Geschichte von Transformationen & Umbrüchen n. 1989
- Wirtschafts- und Kulturgeschichte
- Sicherheits- und Kulturgeschichte
- Theorien der Geschichtswissenschaften)

die Lage und die Stimmung die viele Ostdeutsche empfanden und stellt sich kurz vor:

„Einerseits bin ich selbst im Mansfelder Land, also in Sachsen-Anhalt, geboren und ausgewachsen, habe aber als Schulkind kaum unmittelbar mit der Treuhand zu tun gehabt. Ich kann mich etwa diffus an starke Proteste gegen verzögerte Privatisierungsentscheidungen in meiner Heimatstadt Hettstedt erinnern, das sehr stark von einem großen Kupferwalzwerk abhängig war. Die Wut und die Verunsicherung der Eltern und Großeltern über Arbeitslosigkeit und Abwanderung hat man aber sehr deutlich gespürt. Ich bin dann nach dem Abitur im Jahr 2003 zum Studium nach NRW, genauer: nach Bochum, gegangen und lebe dort seit mittlerweile 15 Jahren. Somit kenne ich sowohl die ost-, als auch die westdeutschen Perspektiven auf das Thema eigentlich sehr gut. Als ich dann nach einem Thema für meine Master-Arbeit gesucht habe, wollte ich kein klassisches DDR-Thema bearbeiten, sondern etwas Neues, bei dem Ost und West zusammenkommen. Und dann bin ich bei der Treuhand gelandet.“

Inwiefern wurden Sie von Ihrem Beruf zu einem Buch über dieses Thema inspiriert?

„Ich habe Sozial-, Politik- und Geschichtswissenschaften studiert und mich im Laufe des Studiums vor allem auf die jüngste Geschichte bzw. Zeitgeschichte spezialisiert. Diese Disziplin behandelt in Deutschland die Geschichte der „noch lebenden Generationen“, was international eine Besonderheit ist. In diesem Feld gibt es oft noch sehr viel Zeitzeugen, aber auch ein großes öffentliches und politisches Interesse – das ist natürlich Vor- und Nachteil zugleich; das allgemeine Interesse ist sehr groß, aber auch die Erwartungen sehr hoch. Und vielen Zeitzeugen gefällt es nicht, wenn sie sich und ihre Erinnerungen nicht in den Texten der Historiker wiederfinden. Aber oft ist es eine Bereicherung; ich habe z.B. mit fast einhundert ehemaligen Treuhand-Mitarbeiter/innen sehr lange Interviews führen können. Also, zurück zur Frage: Zeithistoriker/innen beschäftigen sich intensiv auf einer breiten Quellengrundlage mit spannenden Themen aus der jüngsten Vergangenheit. Eine US-Amerikanische Historikerin hat mal treffend geschrieben: Zeithistoriker behandeln Geschichte, die noch „qualmt“. Und die Geschichte der Treuhand ist in der Tat ein einziger, nur sehr schwer zu durchdringender Nebel! Und da ich solche Herausforderung immer sehr mochte, habe ich im Jahr 2008 angefangen, mich mit dem Thema zu befassen.“

Wie nahmen sie die Treuhandpolitik beziehungsweise die Situation der DDR-Betriebe als junger Erwachsener wahr?

Als die Treuhand im März 1990 gegründet wurde, war ich noch im Kindergarten und gerade mal sechs Jahre alt. Bei ihrer Auflösung Ende 1994 war ich immerhin schon älter als zehn. Aber in dieser Zeit beschäftigt man sich nicht so intensiv mit Politik oder Wirtschaft. Aber, wie gesagt, die große Verunsicherung der älteren Menschen in meiner Heimatregion hat man immer gespürt. Die Angst vor Arbeitslosigkeit, Abstieg und Armut war sehr präsent. Und für mich und meine Mitschüler/innen war im Grunde immer klar: Hier gibt es keine Zukunft für uns, wir werden die Heimat verlassen müssen. Die meisten haben die Gegend dann auch oft für immer verlassen.

Was denken Sie, wie eine solche Ungerechtigkeit wie der Fusionsvertrag zwischen der Mitteldeutschen Kali AG und der Kali & Salz AG zu Stande kommen konnte?

„Ich denke, hier wird man relativ nüchtern und ohne Vorwürfe die gesamte Situation genau analysieren müssen. Aus der Perspektive der betroffenen Bergleute war das natürlich ein dramatischer Schock und eine große Enttäuschung. Die beteiligten Treuhand-Manager, Politiker und Gewerkschaftsvertreter wurden demgegenüber von diesem dramatischen Protest und der gewaltigen öffentlichen Resonanz vollkommen auf dem kalten Fuß erwischt. Die dachten, sie hätten mit der Kali-Fusion eine gute, tragfähige Lösung für Ost und West gefunden. Mit dieser Heftigkeit hatte man in Berlin überhaupt nicht gerechnet. Aber Bischofferode wurde dann zu einem regelrechten Symbol einer tiefen Spaltung zwischen Ost und West – und auch das Ausland nahm regen Anteil daran.“

Als letztes beschreibt Dirk Laabs (Journalist und Autor) seine Wahrnehmung auf diesen Fusionsvertrag:

Was denken Sie, wie eine solche Ungerechtigkeit wie der Fusionsvertrag zwischen der Mitteldeutschen Kali AG und der Kali & Salz AG zu Stande kommen konnte?

„Knallharte Machtpolitik ist der Grund. Das heißt: Der globale Kali-Markt wurde von einem Kartell kontrolliert, dabei ging es nicht um Marktwirtschaft, also nicht um das „freie Spiel von Angebot und Nachfrage“. Die großen globalen Konzerne hatten sich angesprochen, zu welchem Preis was verkauft wird, damit die Großen alle überleben können. Konkurrenz aus Ost-Deutschland – subventionierter Preise, oder andere Hilfen, gar Überproduktion – hat dem Kartell überhaupt nicht gepasst. Der Westdeutsche Konzerne hatte einfach viel mehr politischen Einfluss – er war Monopolist in Westdeutschland – und hat sich durchgesetzt; eben weil K&S etwa auch für Niedersachsen so wichtig war. Am Ende war es eine politische, keine rein wirtschaftliche Entscheidung. Und eines wollte die Bundesregierung auch nicht: Als Staat über die Treuhand Bischofferode weiterführen. Diese Möglichkeit schloss aus prinzipiellen Gründen

auch die Europäische Kommission aus. Der Staat sollte nicht als Unternehmer in einen Markt eintreten– das schmeckte den Akteuren zu sehr nach Sozialismus.“

Die Seite Bischofferode schrieb zu dieser Zeit: „Als die damals 700 Mitarbeiter von den Plänen erfuhren, waren alle anfangs geschockt, aber schon bald liefen die ersten Protestaktionen an, es nahmen teilweise bis zu 15.000 Menschen daran teil. Es wurden in ganz Deutschland Unterschriften gesammelt, es gab Kundgebungen und Demonstrationen. Die Kalikumpel forderten, dass das Werk aus dem Fusionsvertrag herausgelassen werde, also privatisiert werde.“

Finale Entscheidung des Bundestags & der EU und der damit verbundene Skandal über den Fusionsvertrag

Nach etlichen Protesten gegen eine Schließung und gegen eine Fusion mit der Kali und Salz AG, muss erst das Finanzministerium, dann der Bundestag und schließlich auch noch die Europäische Wettbewerbskommission dem Fusionsvertrag zustimmen. Die Proteste waren zum Beispiel der Marsch nach Berlin, wo viele Bundestagsabgeordnete dem Fusionsvertrag zustimmen mussten, obwohl nur einer in der Partei den Vertrag jemals sehen durfte. Die Proteste richteten sich aber hauptsächlich gegen die Treuhand und das Finanzministerium, aber nicht gegen Helmut Kohl. Belastend in diesem Fusionsvertrag ist der Artikel 20 das Wettbewerbsverbot, dieser besagt, dass die Mitteldeutsche Kali AG eigentlich nur an die BASF-Tochter Kali und Salz AG verkauft werden kann. Das heißt Johannes Peine ein Investor, welches großes Interesse an Bischofferode hat, schloss bereits Absichtserklärungen und die Resonanz war da. Doch Treuhandvorsitzender Klaus Schucht sagte wortwörtlich: „ Dieser Investor hat aus unserer Sicht nicht die Bonität und wir können uns nicht gleichzeitig dafür verantworten müssen, dass wir an Investoren in der Vergangenheit privatisiert haben, den heute der Belegschaft und die Politiker - denken sie zum Beispiel an die Faser an die thüringische Faser, eben auch in Thüringen die Bonität absprechen, wenn gleichzeitig sich hier für uns schon erkennbar zeigt, dass dieser Investor, der sich hier gemeldet hat überhaupt völlig überfordert wäre und sich nicht in der Lage sehen wir dieses Werk länger als sechs Wochen zu führen“

Aber nicht nur Bischofferode und die Arbeiter stehen auf der Verliererseite, sondern auch der Freistaat Thüringen. Um das zu verhindern schickt Bernhard Vogel (Ministerpräsident Thüringen, CDU) einen Brief an den damals amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl. Er macht den Vorschlag, Gelder für die Entwicklungshilfe an Indien, China oder Südasiens zu überweisen, damit diese Kalisalz aus Thüringen und besonders aus Bischofferode kaufen können. So geht der 60 millionenschwere Deal an die Kali-Ost. Und eigentlich sollte Bischofferode oder Thüringen diesen Auftrag für den Export von Kali nach Indien bekommen, doch der Auftrag geht nach Zielitz (Sachsen-Anhalt).

Um Rede und Antwort zu stehen, erlangten die Kalikumpel währenddessen einen Gesprächstermin bei Klaus Schucht. Sie wollten am 17.05.1993 die

Treuhand in Berlin überzeugen doch an Johannes Peine zu privatisieren. Doch die Arbeiter und die Protestanten wussten nicht, dass die Treuhand wegen dem Wettbewerbsverbot aus Artikel 20 des Fusionsvertrag nicht an Johannes Peine verkaufen konnten, sondern nur an die Kali und Salz AG. Außerdem beinhaltet der Fusionsvertrag, dass alle Verluste der Kali und Salz von 1993-1995 zu 90% von der Treuhandanstalt übernommen werden. Im Jahr 1996 sind es noch 85% und im Jahr 1997 noch 80% die übernommen werden. Nach den ergebnislosen Treffen eskalierte die Lage vor dem Gebäude, als die Kalikumpel die Treuhand zu einer Stellungnahme zwingen wollen, griffen Polizisten in Zivil ein und die Protestaktion endete mit Verhaftungen und werden sogar in Gefängnis gebracht.

Doch Bischofferode und dessen Kumpel hatten noch Hoffnungen, denn Ende Mai 1993 musste ein Teil des Bundestags, die im Treuhandausschuss sitzen, der Fusion zustimmen.

In einem Antrag von CDU/ CSU, FDP und SPD wird ein Treuhandfunktionskonzept mit elf gegen drei Stimmen verabschiedet. Nachdem ein Mitglied jeder Fraktion den Fusionsvertrag sehen durfte. Dennoch muss dazu man dazu sagen, dass die Treuhandanstalt selbst ein Gutachten in Auftrag gab, indem Johannes Peines Konzept für Bischofferode kein weiterbestehen bescheinigt werden konnte. Am folgenden Tag begann dann aus Protest der Hungerstreik.

Um auf unser Thema, Bischofferode das Symbol des Scheiterns einzugehen, war klar dass es auch andere Betriebe in der Zeit schwer hatten. Wie gesagt, der Westen brauchte Abnehmer für seine Produkte und keine weiteren Konkurrenten. 70% der Industrieleistung fallen weg, in ganz Ostdeutschland.

Am 14. Juli 1993 zogen die Kalikumpel vor das Bundeskanzleramt in Bonn, wo sie sich Antworten erhofften und baten, dass eine einzel- Privatisierung doch noch zum Tragen kommt. Sogar der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl kam dazu. Problematisch sahen die Kalikumpel und alle Anwesende von Bischofferode, dass Klaus Schucht (Treuhandvorstand) und Helmut sich nach Augenzeugenberichten gut bis sogar sehr gut verstanden. Das würde auch erklären, warum die Treuhand und das Bundeskanzleramt jegliche Änderungen zurückwiesen. Er versprach aber Ersatzarbeitsplätze für die Kumpel.

Am 2. August wendete sich das Blatt aber für Bischofferode, denn im renommierten Handelsblatt kam der Skandal um den Fusionsvertrag heraus. So schrieb das Handelsblatt zu Artikel 20 des Fusionsvertrag: Danach ist es der Treuhand untersagt, ostdeutsche Kaligruben zum Beispiel Bischofferode an einen anderen Partner als die Kali und Salz zu verkaufen. So wird auch den Kalikumpeln bewusst, dass es nie eine Chance für Johannes Peine gegeben hat.

Verständlicherweise wurde die europäische Wettbewerbsbehörde misstrauisch, als auch sie von Artikel 20 Wind bekamen. Der EU-Kommissar für Wettbewerb Karel Van Miert machte den Kali-Kumpeln Hoffnung, dass er sich vorstellen kann, den Fusionsvertrag zunichte zu machen, er müsste diesen aber noch prüfen... Schließlich gab er später bekannt, dass er es sich vorstellen könnte Bischofferode einzeln zu privatisieren. Doch am 14. Dezember 1993 sieht Van Miert keine Hoffnung mehr, als ihn ein Journalist fragte, ob er noch eine Chance für das Kali-Werk in Bischofferode sieht: „Leider nicht, leider nicht, wenn es eine Alternative geben hätte. Also wirklich einen anderen Bewerber dann hätten wir das bestimmt weiter ausgesucht.“ viele vermuteten daher, dass auf die Wettbewerbskommission Einfluss genommen wurde. Am 31.12.1993 war dann endgültig Schicht im Schacht in Bischofferode...

Viele Bischofferöder waren einfach enttäuscht von der Politik und Ortsverbände der CDU im ganzen Umkreis lösten sich auch manchmal nur kurzfristig auf. Enttäuschung und 200 Millionen Sicherungskosten blieben zurück. Nach Experten hätte das Kali jetzt einen Wert von ungefähr 3,5 Milliarden Euro, doch die Kali-Schächte wurden geflutet. Später folgte nur noch der Abriss.

*Bild aus rechtlichen Gründen nicht abgebildet
(Projektbüro Umbruchszeiten)*

Wie der Werdegang der Arbeitern war beschreiben sie am besten selbst, auf der Internetseite (www.bischofferode.de) „Als Ausgleich, wurde den Arbeitern von vielen Politikern versprochen, würde man neue Arbeitsplätze in Bischofferode schaffen, wovon heute allerdings immer noch nicht viel zu sehen ist. Insgesamt 70 der ehemaligen Kalikumpel sind mit Verfüllungs- und Sicherungsarbeiten in der Grube beschäftigt, wenige arbeiten in den wenigen Betrieben im neuen „Gewerbegebiet“, viele sind weggezogen oder arbeitslos.

Heiner Müller schrieb „Die Arbeitslosigkeit geht durchs Land als ein neues Regime der Furcht, das keine Stasi braucht, um die Menschen einzuschüchtern“; in Bischofferode versuchte man dagegen anzukämpfen, aber schließlich hat sich diese Prognose für viele doch erfüllt.“

Darüber hinaus ist in dem Vertrag festgelegt, dass die Verluste in den Geschäftsjahren 1993, 1994 und 1995 zu 90 Prozent auf die Treuhandanstalt und zu 10 Prozent auf K+S aufzuteilen sind. Für die beiden folgende Jahre ist eine Abwälzung von bis zu 20% der Verluste der Kali und Salz AG verabredet gewesen. Doch wer trägt die Kosten dieser Abwälzung?

In den nächsten Sätzen beschreibt Norbert F. Pötzl seine Sicht auf den Fusionsvertrag und die Entscheidung des Bundestags und der Europäischen Union. Wie bewerten Sie die Entscheidung der Europäischen Kommission über den Fusionsvertrag zwischen der Mitteldeutschen Kali AG und der Kali & Salz AG in Kassel?

„Die Europäische Kommission gab 1993 ihre Zustimmung zur Fusion, weil die Mitteldeutsche Kali AG ohne Übernahme durch ein anderes Unternehmen nicht überlebensfähig gewesen wäre. Die Entscheidung wurde vom Europäischen Gerichtshof aufgrund von Klagen eines französischen Konzerns, der mit Kali + Salz verflochten war, zunächst aufgehoben. 1998 billigte die Kommission die Fusion erneut, weil sie europaweit keine Wettbewerbsverzerrung feststellen konnte. Die Entscheidung war folgerichtig und wurde daher auch nicht mehr angefochten.“

Haben Sie nach der endgültigen Entscheidung über den Fusionsvertrag noch etwas über Bischofferode mitbekommen? Und wenn ja was?

„Ich weiß, dass der Freistaat Thüringen seit Jahren versucht, einen 1998 mit dem Bund geschlossenen Vertrag anzufechten, wonach das Land für die Beseitigung ökologischer Altlasten in den stillgelegten thüringischen Kalischächten allein bezahlen muss. Im Landtagswahlkampf 2014 wurde ein angeblicher „Geheimvertrag“ der Treuhand mit Kali + Salz präsentiert, der sich jedoch in den Akten befindet. Er wurde wegen darin enthaltener Geschäftsgeheimnisse nicht veröffentlicht; die angebotene Einsichtnahme durch einen Wirtschaftsprüfer scheiterte an der kompromisslosen Haltung des Bischofferoder Betriebsrats.“

Als letztes nimmt Dirk Laabs noch einmal Stellung:

Wie bewerten Sie die Entscheidung der Europäischen Kommission über den Fusionsvertrag zwischen der Mitteldeutschen Kali AG und der Kali & Salz AG in Kassel?

„Die Kommission hatte ja salomonisch entscheiden: Prinzipieller Widerspruch gegen die Fusion, aber vorläufig ließ man sie unter Auflagen zu. Dabei ging es eben auch um Machtpolitik und um die Wünsche der Bundesrepublik. Normalerweise will ja die EU Monopole verhindern und den Wettbewerb fördern, deswegen drang man auf eine Entflechtung von K&S, da man gemeinsam mit dem französischen Arm zu große Teile des Marktes zu beherrschen. Aber ohne die so brisante Übernahme der ostdeutschen Kali-Industrie zu blockieren – und man urteilte, dass der ostdeutsche Kali-Industrie im „desolaten Zustand war“, ohne eine Übernahme untergehen würde. Dass der Staat dauerhaft einsteigt, wollte man aber auch nicht. Interessant ist, dass die Europäische Kommission nach einer Urteil des Europäischen Gerichtshofs die Entscheidung 1998 aufhob und der Fusion insgesamt nachträglich ohne Auflagen zustimmen musste. (Der Link zur Entscheidung der Kommission ist hier: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_98_655).

Haben Sie nach der endgültigen Entscheidung über den Fusionsvertrag noch etwas über Bischofferode mitbekommen? Und wenn ja was?

„Ich war jüngst gerade wieder vor Ort, habe Interviews geführt, die geschliffenen Anlagen gefilmt. Ich zitiere mal aus einem Gespräch mit einem Mann, der damals seinen Job verlor, das kann die Situation besser beschreiben als ich es je könnte: „Im Anschluss an die ganze Sache, wir haben uns wirklich gefühlt, als hätten wir einen Krieg verloren. Es war das Ende. Hier in der Gegend. Wirtschaftlich. Enteignet. Runtergemacht. Rechtlos. In den Hintern getreten. Seine ganze bisherige Lebensleistung, die man erbracht hat, wurde für nichtig erklärt. Habt ihr für umsonst gemacht. Habt ihr eh nur Kosten verursacht. Keine Gewinne eingefahren. Und damit ist ja die gesamte Erwerbsbiografie, die man bis dorthin hatte, entwertet. Und was das für das eigene Ego und für den eigenen, ja, bedeutet. Es ist ja so, also hier, im strukturschwachen Gebiet, hat ja nicht nur unser Schacht zugemacht. Es haben ja andere Betriebe, die viele Leute beschäftigt haben, wurden ja auch zugemacht. Die Spinnereien in Langenfelde mit mehreren Tausend beschäftigten. Das Zementwerk in Döllnau hat abgebaut von über zweitausend Beschäftigten auf mehrere Hundert. Man hat ja ringsum alles was war, an Produktionen war, wurde zurückgefahren, abgebaut, oder war nicht mehr konkurrenzfähig. Musste umgebaut werden. Man hat zu viel erlebt. Und wenn man heute sieht, im Nachhinein, meine Rentenpunkte, die ich hier verdiene,

einmale, sind viel weniger Wert. Ich arbeite 30 Prozent unterm Tarif. Habe aber die selbe Ausgabe an Preisen. An der Tankstelle. Oder bei der Versicherung. Oder sonst wo. Für Energie. Man fühlt sich echt wie ein Verlierer. Nur durch das Pech, was man hatte, auf der falschen Seite der Grenze geboren zu sein.“

Interessant war auch seine Antwort, warum man den Streik überhaupt so durchziehen konnte: „Das hängt zum einen damit zusammen, dass einer sich auf einen sich auf den anderen verlassen konnte. Wir kannten uns von klein auf. Wie gesagt, wir waren gemeinsam Steppkes auf der Schule. Wir haben zusammen Fußball gespielt. Wir waren im Werksfreibad. Wir waren auf Feiern. Wir waren im GST-Lager, zur Ausbildung in der Lehrwerkstatt. Wir haben uns in der Küche gesehen. Wir waren zum Jugendtanz. Generation um Generation. Einer kannte den anderen. Wir haben uns mal Streiche gespielt. Manchmal gehauen, wie das so war. Aber man kannte sich, man vertraute sich, ringsum aus den Ortschaften die Leute, und nur durch dieses Vertrauen und diesen Zusammenhalt, dadurch war das halt möglich, so einen entscheidenden Arbeitskampf richtig hart durchzuführen. Wenn man heutzutage im Betrieb ist, wo die Kollegen nicht so lange zusammenarbeiten, sich kaum kennen, die tun sich schwer miteinander zu solidarisieren, Vertrauen aufzubauen und sagen, wir machen einen Streik, um was zu bewegen. Das heute nicht mehr so in dieser Form möglich. Ich glaube, das ist so.“

Epilog

Wir möchten nun in der Form eines Schlusswortes noch einmal Allen danken, die uns bei unserem Buch geholfen haben. Zu allererst möchten wir unseren Interviewpartnern danken, da wir durch ihre Mithilfe unser Fachwissen zu dem Thema ausbauen konnten. Außerdem möchten wir unseren Lehrern Henning Schröder und Carsten Droste für die Hilfe danken, die sie uns bei der Themen- und Leitfragenformulierung geleistet haben, wie auch für die Aufstellung von Deadlines, ohne die wir wohl manchmal zu wenig gearbeitet hätten. Uns hat es sehr viel Spaß gebracht, an diesem Thema zu arbeiten, da das Thema in Bezug auf das 30. Jubiläum der Wiedervereinigung in diesem Jahr und die aktuelle Unzufriedenheit in Ostdeutschland eine ganz neue Aktualität bekommen hat. So hatten wir die Möglichkeit, unser Thema auch auf aktuelle Ereignisse zu beziehen, was die Arbeit noch interessanter gemacht hat. Auch die Arbeit an einem Buch war für uns besonders interessant, da in der Schule häufig Produkte in Form von Power Point Präsentationen oder Vorträgen umgesetzt. Aus Zeitgründen kommt kein Lehrer auf die Idee, die Schüler ein Buch schreiben zu lassen. Bei diesem Wettbewerb hatten wir diese Zeit allerdings, weshalb auch die etwas ungewöhnliche Produktart eines Buches kein Problem war.

Quellen

- <https://www.thueringer-allgemeine.de/wirtschaft/treuhand-trauma-mdr-film-zeigt-schonungslose-details-zur-schliessung-des-bergwerks-bischofferode-id224338607.html>
- <https://www.thueringer-allgemeine.de/leben/vermishtes/die-tragoedie-von-bischofferode-1-von-bischofferode-bleibt-nur-ein-museum-id219890493.html>
- http://landschaften-in-deutschland.de/themen/79_b_112-bischofferode/
- <https://mapio.net/s/51906488/>
- Buch: Der Treuhand-Komplex – Norbert F. Pötzl
- https://de.wikipedia.org/wiki/Kaliwerk_Bischofferode
- <http://www.bischofferode.de/untergang-des-kaliwerk.html>
- <http://www.bischofferode.de/geschichte-kaliwerk.html>